



## BESOLDUNG

## Ist die Durststrecke vorbei?

Gedanken zum erzielten Kompromiss für die Beamtenbesoldung

Von Josef Schneider, GdP-Landesvorsitzender

**Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem das Jahr 2006 nicht ganz so schlimm zu Ende geht, wie man zwischendurch annehmen konnte, kann man ja für die nächsten Jahre wieder ein wenig Hoffnung schöpfen. Hoffnung auch deshalb, weil unser Ministerpräsident seinen Umgangstil mit den Gewerkschaften so gepflegt hat, wie er ihn angekündigt hatte – wenn auch das erzielte Ergebnis nicht allen gefallen mag. Gemessen an dem, was in der politischen Diskussion war und im Vergleich zum Bund und den anderen Bundesländern, kann es sich aber durchaus sehen lassen.**

Ministerpräsident Oettinger äußerte in seiner Rede beim Delegiertentag der GdP im Mai in Sindelfingen: „Der Kahlschlag ist nicht geplant. Was Niedersachsen gemacht hat – Weihnachtszuschlag weg – ist nicht unser Thema. Wir haben für den aktiven Dienst im Grunde genommen keine nennenswerten Kürzungen in den nächsten Jahren vor. Über die, die wir überlegen, sprechen wir, bevor gehandelt wird.“ Diese Aussage hat er eingehalten, das sollten wir auch so registrieren – vor allem weil das früher nicht so war.

### Erfolgreich verhandelt!

Hoffnung, auch deshalb weil es dem DGB hier im Land erstmals gelungen ist, in Fragen der Beamtenbesoldung ernsthafte Verhandlungen zu führen und ein schriftlich fixiertes Ergebnis zu erreichen. Dass es gelingen kann, bei gutem Willen auf beiden Seiten, für alle akzeptable Vereinbarungen zu erzielen, hat die DGB-Delegation Anfang November im Staatsministerium bewiesen. Allen Kritikern sei gesagt, dass wir verhandelt haben und unser Abschluss auch unsere Strategie erkennen lässt. Wenn alle Bedingungen erfüllt werden, die wir ausgehandelt haben, dann

wird sich die Beamtenbesoldung in der Zukunft wieder so entwickeln, wie wir das – gemessen an unserer Leistung – erwarten dürfen. Wir werden das sicher aufmerksam beobachten müssen. Auch für die Pensionäre ist die Vereinbarung – trotz der deutlichen Absenkung der Landessonderung und der dadurch eintretenden temporären Einkommensverluste, in der Gesamtbewertung ein Schritt in die richtige Richtung.

**Die schriftlich festgehaltene Zusicherung des Ministerpräsidenten, die nochmals abgesenkten Landessonderungen durch ein Landesgesetz mit Wirkung vom 1. 1. 2008 in das Grundgehalt bzw. die Versorgungsbe-**



Josef Schneider

**ge zu integrieren, ist der eigentliche Verhandlungserfolg der DGB-Delegation.**

### Null-Lösung abgewehrt

Wer das nicht so sieht und darauf vertraut hätte, dass dies alles so kommen würde, der hat in der Vergangenheit nicht richtig aufgepasst. Unterschiedliche Modelle – bis hin zur echten Null-Lösung für die Pensionäre – standen auf der Agenda. Und die Befürworter dieser Null-Lösung wurden durch die Medien und den Bund der Steuerzahler kräftig unterstützt.

### Keine Einkommensverluste für aktive Beamte

Es ist auch gelungen, die Vereinbarung so zu gestalten, dass

Fortsetzung auf Seite 2



**Weihnachten einmal anders. Auch in Gebieten, in denen es immer warm ist, kommt der Nikolaus, dann halt nicht auf einem Schlitten sondern mit dem Eselskarren. Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern ein ruhiges und besonnenes Weihnachtsfest, wo immer Sie auch das Fest feiern. Wir hoffen für Sie, dass Ihre Wünsche im Jahr 2007 in Erfüllung gehen und dass Sie vor allen Dingen gesund bleiben.**

Fortsetzung von Seite 1

die aktiven Beamten zu keinem Zeitpunkt reale Einkommensverluste hinnehmen müssen, weil die Kürzung der Landessonderzahlung zum 1. 1. 2008 durch die lineare Gehaltserhöhung von 1,5 Prozent „aufgefangen“ wird.

Leider ist dies – wie zuvor bereits ausgeführt – für die Pensionen nicht konsensfähig gewesen, weil unser Ministerpräsident im Einvernehmen mit seinem Finanzminister von seinem Ziel, 2011 einen Landeshaushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, nicht abrücken will.

Die Zukunft wird zeigen, ob dieses Ziel auch tatsächlich erreicht werden kann.

Die Beamtinnen und Beamten im Land und die Versorgungsempfänger haben dann einen beachtlichen Anteil am Erfolg.

### Lange Wartezeiten sind leistungsfeindlich und demotivierend

Für die Zukunft erwarten wir, dass sich unser Ministerpräsident auch an seine Aussage von Sindelfingen erinnert, die ihm damals spontanen Beifall bescherte. Er halte es „für ungerecht, dass Beförderungen vom Jahrgang, vom Passdatum, vom Alter und nicht von der Leistung abhängig sind.“ Danach erläuterte er seine Idee vom „atmenden Stellenplan“ und fügte hinzu: „Ich würde gerne eine Regel für Laufzeiten von Beförderungen vorsehen. Gerecht, der atmende Stellenplan ist mir wichtig. Unverhältnismäßig lange Wartezeiten in den Eingangsjahren und ersten Beförderungsjahren sind leistungsfeindlich und demotivierend.“

### Angemessene Bezahlung der Grundleistung gefordert!

Bevor wir über neue – vermeintlich leistungsfördernde – Bezahlungsinstrumente in der Besoldung ernsthaft verhandeln, muss sichergestellt werden, dass eine angemessene Bezahlung der Grundleistung erfolgt. Wenn bereits dies nicht gewährleistet ist – und so ist das bei den 6500 Kolleginnen und Kollegen in den Besoldungsgruppen A 7/A 8 – dann ist hier ein erster Ansatz zu beweisen, dass die Leistungsdiskussion wirklich ernst gemeint ist. Sollten im Doppelhaushalt 2007/08 dann die ersten 700 der angekündigten 1400 Stellenhebungen für den mittleren Dienst der Polizei etaisiert werden, ist das zwar ein Schritt in die

richtige Richtung. Vom „atmenden Stellenplan“ á la Oettinger sind wir dann aber immer noch meilenweit entfernt. Dies soll hier deutlich festgehalten werden. Wir von der GdP werden keine Ruhe geben, bis dieses Grundübel in der Besoldung der Polizei des Landes wirklich gelöst ist. Dies werden wir auch in die angekündigte Debatte über weitere Reformschritte im Bereich des Dienstrechts und der Besoldung hineinbringen. Es gibt also weiter viel zu tun.

Abschließend möchte ich mich bei vielen Kolleginnen und Kollegen im Land für ihr engagiertes Eintreten für unsere gemeinsamen Ziele bedanken. Dieser Dank gilt auch allen in der Politik, die unsere Anliegen unterstützt haben. Ich wünsche allen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2007.

**Euer Josef Schneider**  
Landesvorsitzender



**Ausgabe:**  
Landesbezirk Baden-Württemberg

**GdP-Geschäftsstelle:**  
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse:  
[info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)  
Internet: <http://www.gdp-bw.de>

**Sozialwerk der Polizei:**  
Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22  
E-Mail-Adresse:  
[Info@psw-reisen.com](mailto:Info@psw-reisen.com)  
Internet: <http://www.psw-reisen.com>

**Redaktion:**  
Wolfgang Schmidt (Vi.S.d.R.)  
Weißensteiner Straße 79  
73525 Schwäbisch Gmünd  
privat: (0 71 71) 6 13 85  
Telefax: (0 71 71) 6 95 26  
Handy-Nr.: 01 71/2 26 61 63  
E-Mail: [wschmi@t-online.de](mailto:wschmi@t-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29  
vom 1. Januar 2005

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

### Seminarplan 2007

Datum	Thema	Besonderheiten	Kosten
5. 2. bis 9. 2. 2007	<b>Personalräteschulung</b> Grundseminar	Entsendebeschluss ist erforderlich	Trägt die Dienststelle
12. 3. bis 14. 3. 2007	<b>Tarifseminar</b> Neues aus dem Tarifrecht	Für alle interessierten GdP- Kolleginnen und -Kollegen offen	keine
23. 4. bis 25. 4. 2007	<b>Gewerkschaftsseminar</b> Gewerkschaftlicher Grundworkshop Die GdP – ihre Entstehung, ihre Arbeit und ihr Wirken; die GdP der Zukunft	Für alle interessierten GdP- Kolleginnen und -Kollegen offen	keine
9. 5. bis 11. 5. 2007	<b>Personalräte-Vorstände</b> Die Arbeit des Vorstandes	Entsendebeschluss ist erforderlich	Trägt die Dienststelle
23. 7. bis 25. 7. 2007	<b>Seniorensseminar*</b> Vorbereitung auf den Ruhestand	Für Kolleginnen und und Kollegen, die kurz vor dem Ruhestand sind oder bereits sich darin befinden; Ehepartner und Lebensgefährten dürfen (auf eigene Kosten) mitge- bracht werden	Keine, bis auf Partnerkosten
22. 10. bis 24. 10. 2007	<b>Frauenseminar**</b> Frauen und Gesundheit am Arbeitsplatz	Für interessierte Kolleginnen	keine

\* Hier werden wie immer auch die Partner gerne miteingeladen. Die Mehrkosten müssen die Kollegen allerdings selbst tragen (wird immer gerne wahrgenommen).

\*\* = Findet im Kloster Bronnbach statt.

Alle anderen Seminare finden in der AkadPol Wertheim statt.

Zu allen Seminaren (bis auf Personalräteschulungen) wird eine Reisekostenbeihilfe in Höhe von den Kosten der Bundesbahn 2. Klasse oder ersatzweise 0,15 Euro/Kilometer bezahlt.

Anmeldungen können über die örtliche Kreisgruppe oder direkt über die GdP-Geschäftsstelle in 71735 Eberdingen-Hochdorf, Maybachstraße 2, [Ralf.Knospe@gdp-bw.de](mailto:Ralf.Knospe@gdp-bw.de) eingereicht werden.

KOMMENTAR

# Und es begab sich aber . . . ,

Kommentar von Landesredakteur Wolfgang Schmidt

*Es begab sich aber zu der Zeit, dass ein Gebot von der Regierung ausging, dass die Steuereinnahmen geschätzt würden. Und diese Schätzung geschah in der Zeit, als G. Oettinger Ministerpräsident in Baden-Württemberg war. Nach langer Zeit erbrachte diese Schätzung wieder zum ersten Mal einen Zuwachs an Geldmitteln für die Mächtigen. Da machten sich auch auf viele Frauen und Männer im Land, die bei der Polizei beschäftigt sind, und forderten ihren Arbeitgeber auf, einen Teil der Mehreinnahmen für ihre Belange zu verwenden. Sie meinten damit, dass sie lange genug auf die nächste Beförderung gewartet haben. Sie hätten es auch satt, immer hoffnungsvoll den Versprechungen der Mächtigen zu glauben, um dann wieder bitter enttäuscht zu sein, weil diese Versprechungen nur zum Teil oder gar nicht eingehalten würden. Sie wollen auch*

*nicht mehr beschimpft werden, nur weil sie Beamte sind bzw. im öffentlichen Dienst arbeiten. Sie verlangten, dass die Mächtigen für ihre „Staatsdiener“ eintreten, wie es das Grundgesetz vorschreibt und sie nicht nur als Hemmschuh und Kostenstelle (Personalkosten + Versorgungskosten) bezeichnen. Sie machten auch klar, dass man Arbeitszeit, ob es nun die Wochenstunden oder die Lebensarbeitszeit ist, nicht ins Unermessliche zum Nulltarif steigern kann. Viele wollen sich auch nicht mehr schätzen lassen, um zu erfahren, ob sie nun zu den besonders „Wichtigen“ und „Guten“ oder ob sie zum „Mittelmaß“ gehören.*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
so oder so ähnlich könnte man die Weihnachtsgeschichte frei nach dem Lukas-Evangelium für Baden-Württemberg*



**Wolfgang Schmidt**

*und für unsere Belange umschreiben. Wir haben Jahre des (fast) Stillstandes hinter uns. Die Zeichen für das Jahr 2007 deute ich so, dass in die versprochene Stellenhebung (insgesamt etwa 1400 Stellenhebungen) im mittleren Dienst eingestiegen wird und dass sich unsere Situation zumindest nicht mehr weiter verschlechtert als schon bekannt ist.*

*Ist dies schon als Erfolg zu werten, kann man damit zufrieden sein?*

*Ich denke schon, wenn man die Gesamtsituation der öffentlichen Haushalte betrachtet. Ich verkenne aber nicht, dass für all diejenigen, die auf eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation warten, dieses Jahr 2006 nicht befriedigend war.*

*Wir müssen noch viel erreichen bzw. abwehren, lasst uns deshalb weiter zusammenstehen, denn nur dann werden wir von den „Mächtigen“ auch gehört.*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
ich wünsche Euch allen ein ruhiges und gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise Eurer Familie, Freunde oder auch bei der gemeinsamen Arbeit mit den Kolleginnen und Kollegen.*

**Euer  
Wolfgang Schmidt (wosch)**



## REDAKTIONSSCHLUSS

**Bitte beachten:**

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „Januar 2007“ ist Freitag, der 8. Dezember 2006, und für die „Februar-Ausgabe 2007“, Dienstag, der 9. Januar 2007.

# Besoldungserhöhung von 2,9% für das Jahr 2008 in Verhandlungen mit MP G. Oettinger erreicht!

Von Landesredakteur Wolfgang Schmidt

**Stuttgart. Am 3. November 2006 hat der DGB Baden-Württemberg im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 in mehrstündigen Verhandlungen mit der baden-württembergischen Landesregierung erreicht, dass für alle aktiven Beamten und Pensionäre eine Besoldungserhöhung im Jahr 2008 in Höhe von 2,9% realisiert wird. Diese Besoldungserhöhung wird in zwei Schritten, ab dem 1. Januar 2008 1,5% für alle Beamten und Versorgungsempfänger und am 1. August 2008 für den mittleren Dienst um weitere 1,4%, angehoben. Der gehobene und höhere Dienst wird diese 1,4% dann ab dem 1. November 2008 bekommen.**

Die Delegation des DGB bestand aus dem DGB-Landesbezirksvorsitzenden Rainer Bliessner, Rainer Dahlem von der GEW, Alfred Wohlfahrt von ver.di und aus dem Landesvor-

sitzenden der GdP Josef Schneider (siehe auch Bild).

In schwierigen Verhandlungen wurde das oben beschriebene Ergebnis erzielt. Wer in den letzten Wochen die Diskussionen um



Wolfgang Schmidt

die Landessonderung (Weihnachtsgeld) für die aktiven Beamten und für die Versorgungsempfänger mitverfolgt hat, der

weiß, dass das erzielte Ergebnis, das zugegeben nicht das Wunschergebnis der GdP ist, im Vergleich zu dem, was die Landesregierung vorgehabt hat, auch ein Erfolg ist. Wenn sich dies auch auf den ersten Blick nicht so ergibt. An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, dass für die Versorgungsempfänger im Raum stand, das Weihnachtsgeld ganz zu streichen und nur durch die zähen Verhandlungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften wurde es geschafft, dass die 30% verblieben sind.

## Dynamisierung

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Landessonderung durch ein Landesgesetz, das von der Landesregierung im Jahre 2007 eingebracht und vom Landtag verabschiedet wird, mit Wirkung vom 1. Januar 2008 in das Grundgehalt/den Versorgungsbezug integriert wird und damit Bestandteil der Alimentation wird.

Das heißt dann auch, dass diese Landessonderung in der Zukunft bei prozentualen Gehaltserhöhungen/Versorgungsbezügen mitberechnet wird.

Nachfolgend veröffentlichen wir nochmals das Ergebnis der Verhandlungen am 3. November 2006.

wosch



Die DGB-Delegation bei den Verhandlungen über die Besoldung mit dem Ministerpräsidenten G. Oettinger. Rechts im Vordergrund der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider.

Anzeige

### Tauschpartner aus Baden-Württemberg gesucht!

PK, gD, aus Nordrhein-Westfalen, z. Tt. tätig in Bonn, sucht eine(n) Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg. Gerne ist auch ein Ringtausch möglich.

Telefon: 01 51/11 21 35 57 (privat)  
o. 02 28/15 39 13 (dienstlich)

Meldet euch!

BESOLDUNG

**Verständigung der Landesregierung mit Vertretern des DGB in Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt 2007/2008**

Ministerpräsident Oettinger und Vertreter des DGB haben sich am Freitag, dem 3. 11. 2006, auf folgende Punkte verständigt:

- Im Jahr 2008 wird für alle aktiven Beamten und Pensionäre eine Besoldungserhöhung von 2,9% realisiert. Im Einzelnen gilt:
  - mit Wirkung ab 1. 1. 2008 erhalten alle aktiven Beamte in einer ersten Stufe eine Besoldungserhöhung in Höhe von 1,5%;
  - mit Wirkung ab 1. August 2008 erhält der einfache und mittlere Dienst in einer zweiten Stufe eine Erhöhung um 1,4%;
  - mit Wirkung ab 1. 11. 2008 erhält der gehobene und höhere

Dienst im Zuge der zweiten Stufe eine weitere Erhöhung von 1,4%. Versorgungsempfänger werden hinsichtlich der Tarifierhöhung in gleicher Weise behandelt wie aktive Beamte.

- Hinsichtlich der Sonderzahlungen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger wird eine grundsätzliche strukturelle Neuausrichtung angestrebt – d. h.:
    - Versorgungsempfänger erhalten mit Wirkung ab 1. 4. 2007 eine Sonderzahlung i. H. v. 30%, d. h. 2,5% bezogen auf den Monatsbezug;
    - aktive Beamte erhalten mit Wirkung ab 1. 1. 2008 Sonderzahlungen i. H. v. 50%, d. h. 4,17% eines Monatsbezugs.
- Die Sonderzahlungen werden durch ein Landesgesetz, das von

der Landesregierung im Jahr 2007 eingebracht und vom Landtag verabschiedet wird, mit Wirkung ab dem 1. 1. 2008 in das Grundgehalt/den Versorgungsbezug integriert und damit Bestandteil der Alimentation.

– Gegenüber den Planansätzen des Doppelhaushalts 2007/2008 erklärt sich die Landesregierung mit diesem Ergebnis bereit, im Personalkostenbereich geplante Einsparungen in der Größenordnung von ca. 100 Mio. Euro an anderer Stelle zu kompensieren, um hierdurch insbesondere ein Entgegenkommen bei der Umsetzung der linearen Erhöhung (Realisierung von 2,9% im Jahr 2008) und bei den Sonderzahlungen an aktive Beamte zu ermöglichen.

– Ferner erklärt Ministerpräsident Oettinger, dass über diese Maßnahmen hinaus im Laufe dieser Legislaturperiode keine weiteren Einschnitte bei Leistungsbezügen, der Wochenarbeitszeit/der Lehrerdeputate erfolgen werden sowie keine Einschränkungen bei der Beihilfe bzw. der freien Heilfürsorge stattfinden werden.

– Für die im Zuge der Föderalismusreform von der Landesregierung geplanten weiteren Reformschritte im Bereich des Dienstrechts, der Besoldung, insbesondere auch der allgemeinen Erhöhung der Lebensarbeitszeit sagt Ministerpräsident Oettinger eine rechtzeitige und intensive Beteiligung des DGB zu.

ERSCHEINUNGSBILD

# Sind wir im Kindergarten?

Erwachsene Polizeibeamtinnen und -beamte brauchen keine Gängelung

**Das „einheitliche Erscheinungsbild“ der Polizei bewegt seit geraumer Zeit unser Innenministerium und die hohe Polizeiführung. Nachdem sich in der Vergangenheit niemand aus der Bevölkerung ernsthaft über das Erscheinungsbild von Polizeibeamtinnen und -beamten im täglichen Dienst beschwert hat, will man offenkundig auch gegen den Hauptpersonalrat der Polizei eine „kleinkarrierte“ Regelung schaffen. Eine solche Regelung ist aber überflüssig wie ein Kropf.**

Polizeibeamtinnen und -beamte müssen im täglichen Dienst eigenverantwortlich ihre Einsatzmaßnahmen – oft in Sekunden – entscheiden. Warum können sie dann über ihr Äußeres und ihre Dienstkleidung nicht auch selbst entscheiden? Manche unserer Polizeiführer haben anscheinend noch nicht realisiert, dass wir bei der Polizei und nicht beim Militär sind. Deshalb lieben sie wohl auch so sehr das Barett und können sich Polizeibeamtinnen und -beamte mit einer modernen Kopfbedeckung gar nicht vorstellen. Wir tragen deshalb auch Dienstkleidung und

keine Uniform. Einige wähnen sich wohl im Kindergarten. Wenn in Einzelfällen Hilfestellungen erforderlich sein sollten, dann ist dies ganz einfach eine Führungsaufgabe. Wer als Vorgesetzter Kompetenz hat und von seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern akzeptiert wird, der muss sich nicht auf irgendeine Erlasslage berufen. Im Gegenteil, der überzeugt durch Argumente und eigenes Verhalten. Im Übrigen sehen wir es auch als Führungsaufgabe an, durch Vermittlung einer „corporate identity“ dafür zu sorgen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen ein wenig stolz



Josef Schneider

sind, dass sie in ihrer Dienstkleidung für die Bürgerinnen und Bürger im Land da sind.

## Katalog des Erlaubten?

Unser Innenminister dagegen meint, dass Vorgesetzte in Fällen, wo unterschiedliche Interessen aufeinander treffen, Handlungssicherheit benötigen würden. Sie brauchen also nach sei-

ner Auffassung einen Katalog, den sie dann ständig mit sich herumtragen. Dann werden Haare und Bärte vermessen und Ohrstecker geprüft. Wahrscheinlich wird auch wieder verordnet, ab wann es heiß ist, wann es regnet und ab wann Pullover getragen werden dürfen. Gibt es dann eigentlich auch eine Mindesthaarlänge? Oder sind kahl sizierte Glatzen zurzeit bei der Polizei chic? Ich schreibe das nur, um die unterschiedlichen Beurteilungskriterien aufzuzeigen. Und damit an dieser Stelle auch nichts „verrutscht“, möchte ich deutlich machen, dass mir sehr an einem korrekten Auftreten unserer Kolleginnen und Kollegen in der Öffentlichkeit gelegen ist. Ich lasse mich da nicht in die falsche Ecke stellen.

Trotzdem ist für mich klar: **Wer Polizeibeamtinnen und -beamte mit Selbstbewusstsein und sozialer Kompetenz will, der muss ihr Aussehen und ihren Anzug nicht per Erlass reglementieren.**

josch

# Selbstbedienungsladen Deutschland!

Von Rüdiger Seidenspinner, stv. Landesvorsitzender

**Die Kassen von Bund, Länder und Kommunen sind leer. Das erzählt man überall, obwohl die Steuereinnahmen steigen und alles immer teurer wird. In ein paar Wochen steigt die Mehrwertsteuer um 3 Prozent, wodurch viele Preise deutlich in die Höhe gehen werden.**

Viele Bürger haben keine Lust mehr, sich mit der Politik auseinanderzusetzen. Immer mehr macht sich der Eindruck breit, dass die Politik doch macht, was sie möchte. Wer ist die Politik eigentlich. Sind das einzelne Abgeordnete oder Minister? Dies sicher nicht, denn diese wissen oft gar nicht genau, über was sie abstimmen, denn bei der Vielzahl von Papieren und der Art und Weise, wie die Vorlagen gearbeitet sind, kann dies auch niemand.

Was machen eigentlich die Parteien, denen die Mitglieder davonlaufen.

## Politik für die Bürger?

So haben die im Bundestag vertretenen Parteien zusammen seit 1990 laut der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) 527 931 Mitglieder verloren, über eine halbe Million Menschen haben für sich Konsequenzen gezogen. Nur die Grünen konnten einen leichten Zuwachs verzeichnen.

	1990	2004
CDU	658 411	579 526
SPD	943 402	605 807
FDP	178 625	64 146
Grüne	41 316	44 344

Daten: bpb

Da sollte man doch eigentlich davon ausgehen können, dass sich die jeweilige Parteiführung überlegt, ob die Politik, die man so macht, richtig ist oder ob man sich nicht geirrt hat, ob man alles richtig erklärt oder die Realität völlig vergessen hat. Fragen hinsichtlich der einen oder anderen Auslegung, Richtungswahl oder

Prioritätensetzung müssten eigentlich gestellt werden. Doch machen dies die Parteien?

## Nichtwählerpotenzial wird immer größer

Nein, die Parteien bleiben stur, beharren auf ihrem einmal eingeschlagenen Weg. Man überlegt maximal, wie man es besser verkaufen kann, damit es abgenommen wird. Die Mitglieder verlassen weiterhin die Parteien und die Gemeinde der Nichtwähler wird von Wahl zu Wahl größer. Teilweise gibt es mehr Nichtwähler, als der Wahlsieger Stimmen für sich verbuchen kann. Dies ist gefährlich und zwar sehr gefährlich.

Zu einem werden all diejenigen in Misskredit gebracht, die in Gemeinde- oder Stadträten versuchen, etwas im Kleinen zu verändern. Ebenso werden die, die in den politischen Parteien die Basisarbeit leisten, die die Parteien am Leben halten, Plakate kleben und vieles mehr, in ungerechtfertigter Weise hierfür mitverantwortlich gemacht, obwohl sie eigentlich genauso hilflos sind wie die, die nicht in einer Partei engagiert sind.

Zum anderen haben es politische Randgruppen und Extremisten – egal ob Links oder Rechts – viel einfacher, wie leider Gottes in einigen Länderparlamenten zu sehen ist.

## Selbstbedienungsladen

Nun konnte man in verschiedenen Zeitungen lesen, dass es „geheime“ Verhandlungen zwischen den Parteien – genauer den Schatzmeistern – gibt, deren Ziel



Rüdiger Seidenspinner

es ist, die Wahlkampfpauschale zu erhöhen. Diese ist zurzeit auf 155 Millionen Euro festgeschrieben.

Da immer weniger Menschen zu den Wahlurnen gehen, fällt die Rückerstattung immer niedriger aus. Darüber hinaus sinke die Einnahme durch rückläufige Mitgliederzahlen. Dies tut nun wirklich weh, denn es fehlt nun ordentlich Geld in den Parteikassen. Zumal auch die alten Geldwaschanlagen und Spenden mehr im Focus der Öffentlichkeit stehen.

In den geheimen Verhandlungen überlegt man, ob man diese Wahlkampfpauschale nicht um 3 bis 5 Prozent erhöht, auf Deutsch bedeutet dies zwischen 4,65 Millionen und 7,75 Millionen Euro.

## Warum auch die Politik ändern, wenn man sich anders bedienen kann!

Dies alles bei der massiven Arbeitslosigkeit, insbesondere von Jugendlichen, knappen Kassen, tieferen Einschnitten ins Sozialsystem, weiteren Einsparungen bei Stellen, Abstrichen an unserem Gehalt, Renten und Pensionen und, und, und.

Wozu auch die Politik verändern, wenn die Menschen sich von der Partei abwenden, wenn es doch auch viel einfacher geht.

Und wenn immer mehr austreten und immer weniger zur Wahl gehen, halb so schlimm, dann wird einfach die Wahlkampfpauschale erhöht.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes würden sich im Grabe umdrehen. Der Selbstbedienungsladen Deutschland lässt grüßen

Oder mit den Worte von Heine gesprochen: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht“.

RSeid



## Schlusspunkt.

„Dann weint der Finanzminister“

Klaus Rauscher, Vorstandsvorsitzender von Vattenfall Europe, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über die Chancen seines Vorschlags, den Strompreis von der Mehrwertsteuererhöhung auszunehmen. Die Gewinne der vier großen Stromkonzerne sind in den vergangenen drei Jahren von 4,6 auf 13,5 Milliarden Euro gestiegen.

# Der neue TV-L hat seine Schrecken etwas verloren

**Die Kolleginnen Christina Falk, Elke Seeberger und Karen Argyropoulos waren in der Zeit vom 4. bis 6. September als Vertretung unserer Tarifkommission Baden-Württemberg in Berlin. Dort bekamen wir den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TV-L) vorgestellt. Am 14. und 15. September fand eine von drei Schulungen des neuen TV-L an der Akademie der Polizei in Wertheim unter Regie von Christina Falk und Rüdiger Seidenspinner statt. An dieser Schulung nahmen insgesamt zwölf Teilnehmer/-innen aus ganz Baden-Württemberg teil.**

Durch das neue Tarifwerk wurde der alte BAT und MTArb abgelöst. Einheitlichkeit, Transparenz, Straffung und Vereinfachung der Strukturen im öffentlichen Dienst und ein einheitliches Werk sollte somit geschaffen werden.

Die Unterscheidung zwischen Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten wurde aufgegeben. In Zukunft heißen alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen „Beschäftigte“.

## Entgelt

Bislang erhielten die Arbeitnehmer und -innen im öffentlichen Dienst entsprechend ihrer Gruppenzugehörigkeit Vergütung oder Lohn, jetzt erhalten alle ein „Entgelt“.

Durch die neue Entgeltstruktur soll eine leistungsorientierte Bezahlung erfolgen.

Aus bisherigen vielfältigen möglichen Zuschlägen wurde ein einheitliches Tabellenentgelt geschaffen.

Das bedeutet Wegfall von:

- Ortszuschlag
- Lebensalterstufen
- Bewährungs- und Zeitaufstiegen
- Vergütungsgruppenzulagen

Für die Zeit vom 1. November 2006 bis 31. Oktober 2008 wurde ein Überleitungstarifvertrag (TVÜ) abgeschlossen.

## Besitzstandswahrung

Für Beschäftigte, die bis zum Inkrafttreten des neuen TV-L

mindestens 50% ihrer Bewährungszeit erreicht haben, gilt die Besitzstandswahrung, was bedeutet, dass diese Beschäftigten die Bewährungszulage zu dem Zeitpunkt erhalten, wenn sie die Bewährungszeit nach altem Recht erfüllt haben. Dies gilt ebenso für den Zeitaufstieg.

Für die Beschäftigten, die jetzt bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des TV-L Zulagen, wie z. B. Funktionszulage, Bewährungszulage, Vergütungsgruppenzulage erhalten, bekommen diese als persönlichen Besitzstand weiter bezahlt.

Hinweisen möchten wir an dieser Stelle darauf, dass nach Inkrafttreten des neuen TV-L jede/r Beschäftigte dasselbe Bruttogehalt haben wird wie vorher.

## Fristen beachten

Die Überleitung ist ein rein technischer Vorgang.

Jede Kollegin und jeder Kollege sollte darauf achten, dass sämtliche Gehaltsbestandteile in die neue Gehaltsmitteilung übernommen werden. Sollten sich versehentlich Fehler bzw. Mängel eingeschlichen haben, müssen innerhalb der Ausschlussfrist von sechs (6) Monaten Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis vom Beschäftigten bzw. von der Beschäftigten beim Arbeitgeber schriftlich geltend gemacht werden.

Erfreulicherweise konnten wir zur Kenntnis nehmen, dass unsere Unkündbarkeit (im Westen) beibehalten wird.



Unser Bild zeigt die Schulungsteilnehmer in Wertheim.

Die Haftungsregelung wurde in analoger Anwendung zum Beamtenrecht bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit übernommen.

## Nebentätigkeit

Auch müssen Nebentätigkeiten zukünftig nicht mehr genehmigt werden, ausreichend ist deren Anzeige.

Nachdem wir uns seit Wochen intensiv mit dem neuen TV-L beschäftigt haben, hat er für uns seinen „Schrecken“ verloren.

Wir sind guter Dinge und sehen der Zukunft und der darin liegenden Arbeit gelassen entgegen.

**Verfasserinnen: Elke Seeberger und Karen Argyropoulos**

## BEFÖRDERUNG

# Beförderung in der Elternzeit

Eine Beamtin oder ein Beamter in Elternzeit kann nicht pauschal von Auswahlentscheidungen für Beförderungen ausgeschlossen werden. Dies geht aus einem Beschluss des Verwaltungsgerichts Stuttgart hervor. Demnach ist eine Verwaltungspraxis, die unter Wegfall der Bezüge beurlaubte Personen – also auch in Elternzeit – generell bei Auswahlentscheidungen nicht berücksichtigen, rechtswidrig. Der Ausschluss einer Person ohne Prüfung am Maßstab des Leistungsprinzips, also ohne Prüfung ihrer fachlichen und persönlichen Eignung, stellt dem Gericht zufolge eine Verletzung des Bewerberverfahrensanspruchs dar. Es

besteht grundsätzlich kein Beförderungsverbot während der Elternzeit und demnach verstöße eine solche Ausschlusspraxis gegen den Art. 33 Abs. 2 GG. Falls die letzte Regelbeurteilung von der Dienststelle als nicht mehr hinreichend aktuell angesehen würde, wäre eine Anlassbeurteilung zu fertigen.

In dem zu entscheidenden Fall befand sich eine Beamtin seit Mai 2006 in der Elternzeit. Eine Beförderungsmöglichkeit war für den Juli 2006 vorgesehen. Die letzte Regelbeurteilung stammt aus dem Jahr 2004. Eine Anlassbeurteilung wurde nicht gefertigt.

**Sandra Knospe**